

**Einbringung Entwurf Haushaltsplan 2012 mit Entwürfen Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe
Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung
Haushaltsrede
von Bürgermeister Michael Schlecht**

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderats,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Die Gemeindeverwaltung legt heute den Entwurf des Haushaltsplans 2012 mit Finanzplanung und die Entwürfe der Wirtschaftspläne für die Eigenbetriebe Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung vor.

Äußerlich nicht merklich spürbar, aber inhaltlich festzustellen ist, dass dieser Haushalt in abgespeckter Form daherkommt. Dies rührt einerseits davon, dass wir 2012 nach den umfangreichen Investitionen der vergangenen Jahre nur wenige, dazu finanziell überschaubare Baumaßnahmen angehen wollen. Verantwortlich für die Reduzierung des inhaltlichen Gewichts ist jedoch vor allem der Verzicht in der mittelfristigen Investitionsplanung neue Maßnahmen vorzuschlagen. Das heißt aber nicht, dass ich keine Maßnahmen zur Erhaltung und Verbesserung der kommunalen Infrastruktur vorzuschlagen hätte. Dies erklärt sich viel mehr mit meinem Vorschlag, im kommenden Jahr eine intensive Klausurtagung durchzuführen, bei der die künftige Entwicklung unserer Gemeinde abgestimmt werden soll. Dabei sollten wir uns zwingend Zeit nehmen, um neben den innerörtlichen Notwendigkeiten unserer Ortsteile auch die realistischen Möglichkeiten interkommunaler Zusammenarbeit, das weitere Vorgehen bei Unterhaltung, Abbruch und Verkauf gemeindeeigener Gebäude, neue Strategien für die Wirtschaftsförderung und zur Vermarktung von Wohn- und Gewerbebauflächen und langfristig angelegte Konzeptionen für die Unterhaltung unseres Wasser- und Abwassernetzes sowie des Straßen- und Feldwegenetzes zu diskutieren.

Zu Beginn einer Haushaltsrede kommt üblicherweise eine Tour d`Horizon zur Lage der miserablen Kommunalfinzen verbunden mit dem hohen Lied der Schulduweisungen. Und auch wenn wir trotz einiger Verbesserungen weiterhin Grund zu Jammern hätten, verzichte ich darauf. Getreu des Ausspruchs von Franz Josef Strauß: „Generäle kann man anschreien, Zahlen nicht“, müssen wir unsere Finanzsituation so wie sie ist annehmen und uns umso konstruktiver mit deren Auswirkungen beschäftigen.

Dem Ausblick auf das Jahr 2012 möchte ich einen Blick auf das ablaufende Jahr vorausschicken. Wie bereits beim Finanzzwischenbericht aufgeführt wird der im Verwaltungshaushalt eingeplante Fehlbetrag von 988.000 € nicht eintreten. Aktuell rechnen wir mit einer deutlichen Verbesserung und einer positiven Zuführungsrate.

Mit dieser Verbesserung und höheren Grundstückserlösen wird auch der befürchtete Rekordgriff in die Rücklage von rd. 3,6 Mio € nicht erforderlich. Derzeit gehen wir davon aus das Spargbuch der Gemeinde, zu Beginn 2011 noch mit rd. 9 Mio € gefüllt, „nur“ um rd. 1,5 Mio € erleichtern zu müssen. Dennoch gibt die Finanzsituation der Gemeinde weiterhin keinen Anlass zur grenzenlosen Freude. Es bleibt aber dabei: wir sind einigermaßen vernünftig durch die erste Finanz- und Wirtschaftskrise gekommen. Begleitet von Staatsverschuldung und Eurokrise dürfen wir aber davon ausgehen, dass es sich dabei nicht nur um eine abgeschlossene Kurzgeschichte, sondern vielmehr um eine mehrteilige Krisendokumentation handeln wird.

Aber jetzt zum eigentlichen Zahlenwerk:

Die „erleichterte“ Investitionsplanung für die Jahre 2013 bis 2015 weist ein jährliches Volumen von unter 1 Mio € aus. Wir werden im Jahr 2013 wohl eine negative Zuführungsrate von 869.000 €, also einen Fehlbetrag im Verwaltungshaushalt aufweisen. Für die Jahre 2014 und 2015 sind mit 445.000 € bzw. 481.000 € positive Zuführungsrateen eingeplant. Dazu verweise ich mit Blick in Richtung Planansätze und Rechnungsergebnisse der Jahre 2008 bis 2010 auf die Halbwertszeiten von Prognosen der Finanzplanung. Nichtsdestotrotz können wir aus der aktuellen Prognose ableiten: Bei aller berechtigten Tristesse über den Verwaltungshaushalt gilt es den Gemeindehaushalt als ganzes wahrzunehmen und diese Wahrnehmung heißt immer noch: die Gemeinde Lenningen bleibt im Kämmereihaushalt weiterhin ohne Schulden. Auch deshalb sollen die Hebesätze für die Grundsteuer A + B und die Gewerbesteuer gleich bleiben.

Die Eckdaten des Haushaltsentwurfs für das Jahr 2012 sind schnell aufgeführt:

Das Haushaltsvolumen beträgt 14.776.370 €, wovon 13.693.870 € auf den Verwaltungshaushalt und 1.082.500 € auf den Vermögenshaushalt entfallen. Das Volumen des Vermögenshaushalts kommt im Vergleich zu den vorherigen Jahren als Fliegengewicht daher. Etwas über 1 Mio € für Investitionen gegenüber Planansätzen von 5,3 Mio € in 2011, 5,1 Mio € in 2010 und 3,8 Mio € in 2009.

Oder anders ausgedrückt: Wir wollen 2012 durchatmen, auch weil die Gemeinde in den vergangenen Jahren wichtige Maßnahmen zur Verbesserung der kommunalen Infrastruktur unter wirtschaftlich schwierigen Rahmenbedingungen umgesetzt hat, dafür keine Kreditaufnahmen erforderlich waren und wir trotzdem noch erhebliche Rücklagen haben. Dies spricht für ein wirtschaftliches und verantwortungsbewusstes Handeln von Gemeinderat und Gemeindeverwaltung.

Die beiden größten Einnahme-Posten im nächsten Jahr sind mit 3,174 Mio € der Einkommensteueranteil und mit 2,724 Mio € die Schlüsselzuweisungen vom Land. Die Gewerbesteuer bleibt für die Größe unserer Gemeinde und für die Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse am Arbeitsort Lenningen zu gering und wird mit 1,05 Mio € avisiert. Ich danke jedoch an dieser Stelle ausdrücklich allen Verantwortlichen in Industrie, Handel und Gewerbe, dass sie Arbeits- und Ausbildungsplätze in unserer Gemeinde vorhalten können.

Als große Ausgaben erweisen sich einmal mehr die Kreisumlage mit 2,859 Mio € und die Finanzausgleichsumlage zurück an das Land mit 1,625 Mio €. Für Bildung und Betreuung in Schulen und Kindergärten stellen wir insgesamt 3,2 Mio € zur Verfügung. Den Personalkosten von rd. 4,1 Mio € steht eine nahezu nicht mehr zu bewältigende Aufgabenflut gegenüber. Immer neue Vorgaben von Bund und Land erschweren und belasten unsere Arbeit. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind daher dauerhaft in einem Höchstmaß gefordert. Weitere große Ausgabebrocken sind die Sammelnachweise Bewirtschaftungskosten mit 752 T€ und Gebäudeunterhaltung mit 503 T€. Insbesondere durch eine Reduzierung der Unterhaltungsaufwendungen bei den Gebäuden hätten wir eine Verbesserung des Verwaltungshaushalts erzielen können. Da aufgeschoben aber nicht aufgehoben ist, sind diese Maßnahmen wichtig und Vermögen erhaltend und so werden wir u.a. die Sanierung der Toilettenanlagen an der Grundschule Schopfloch sowie in den Häusern B + D im Schulzentrum Oberlenningen durchführen. Auch die Dachsanierung beim Kindergarten Gutenberg und die Sanierung des Hallenbodens in der Gemeindehalle Schopfloch schlagen hier kräftig zu Buche.

Im Ergebnis bleibt im Verwaltungshaushalt unter Berücksichtigung der aktualisierten Kreisumlage ein Fehlbetrag von 184.420 €.

Der Vermögenshaushalt schließt das kommende Jahr mit einer bescheidenen Rücklagenentnahme von 128.000 € ab. Dies ist dem zurückhaltenden Investitionsprogramm geschuldet. So werden wir für die Feuerwehr den MTW der Abteilung Gutenberg fertig- und die Beschaffung eines TLF 3000 für die Abteilung Schopfloch anfinanzieren. Diese Ersatzbeschaffung für ein 30 Jahre altes Fahrzeug ist im Übrigen geprägt von ausführlichen Beratungen von Feuerwehrausschuss, Abteilungsführung und Gemeindeverwaltung und wird den Gemeinderat am 17. Januar mit der Förderantragstellung beschäftigen.

Zur Modernisierung der Freiflächen an den Kindergärten in Brucken und in der Oberlenninger Tobelstraße stellen wir 60.000 € zur Verfügung. Für die Gestaltung der neuen Frei- und Parkierungsflächen am Unterlenninger Rathaus wird eine weitere Finanzierungsrate von 100.000 € fällig. Die Sanierung der „Vordere Bergstraße“ und der „Hintere Bergstraße“ in Schopfloch sowie die Straßengestaltung in der Schlattstaller Etterstraße und die Neugestaltung des Vorplatzes am Rathaus Gutenberg schlagen mit insgesamt 178.000 € zu Buche. Für die Verbesserung der Fußwegverbindung von der Kugelgasse zum Heerweg in Oberlenningen werden 65.000 € zur Verfügung gestellt. Ziel ist, die Situation so zu verbessern und auszuleuchten, dass der Weg als Schulweg deklariert werden kann. Für das nächste Jahr ist zudem der Abbruch der Gebäude im Burgtobelweg 1 + 3 in Oberlenningen sowie der Gebäude 9 + 11 in der Schopflocher Pfulbstraße vorgesehen.

Der Überblick über die Wirtschaftspläne der beiden Eigenbetriebe kann ebenfalls kurz erfolgen. Bei der Wasserversorgung wollen wir im Zuge der Neugestaltung des Unterlenninger Lindenhofs die Wasserleitung mit 165.000 € erneuern. Die Aufdimensionierung in der „Vordere Bergstraße“ mit 60.000 € und die Auswechslung in der „Hintere Bergstraße“ mit 70.000 € sind weitere Maßnahmen. Wichtigste Maßnahme soll die Fertigstellung der Wassertransportleitung nach Unterlenningen sein. Entgegen der ursprünglichen Überlegungen schlagen wir aufgrund der veränderten Planung vor, den zweiten und dritten Bauabschnitt im kommenden Jahr zusammen durchzuführen und dafür 700.000 € einzustellen. Im Gesamten sieht der Erfolgsplan Aufwendungen und Erträge von 846.100 € und der Vermögensplan Einnahmen und Ausgaben von 1.188.000 € vor. Zur Deckung der Ausgaben des Vermögensplans ist eine Kreditaufnahme von 660.000 € vorgesehen. Der Wirtschaftsplan für die Abwasserbeseitigung weist im Erfolgsplan Aufwendungen und Erträge von je 2.315.500 € auf und im Vermögensplan gehen wir von Einnahmen und Ausgaben von je 884.000 € aus. Zur Deckung dieser Ausgaben ist eine Kreditaufnahme von 125.700 € erforderlich. Hauptbestandteile dieser Ausgaben sind der Austausch der Abwasserleitungen im Lindenhof und in der „Hintere Bergstraße“ mit insgesamt 350.000 € und punktuelle Schadensbehebungen im Ortsnetz Oberlenningen mit 100.000 €.

Dies war ein überschlägiger Blick über den Haushaltsentwurf 2012. Hinter den Zahlen von Haushalts- und Wirtschaftsplänen stecken jedoch weitere Erkenntnisse und teilweise auch schmerzhaft Wahrheiten. Eine dieser Wahrheiten ist, dass die Gemeinde Lenningen zum 30. Juni 2004 8.756 Einwohner hatte. Zum 30. Juni 2011 waren dies nur noch 8.130. Das heißt, wir haben innerhalb von nur 7 Jahren über 600 Mitbürger verloren. Nicht nur, dass uns durch diesen Einwohnerschwind Zuweisungen aus dem Finanzausgleich von bis zu 400.000 €/Jahr entgehen können und die Infrastruktureinrichtungen der Gemeinde zwangsläufig weniger Nutzer finden. Nach den vorliegenden Entwicklungsprognosen steht auch zu befürchten, dass dieser Trend anhält und wir bis zum Jahr 2020 7.800 und 2030 nur noch 7.400 Einwohner zählen sollen. Gänzlich verhindern können wir diesen Trend aufgrund der Demografie sicher nicht. Aber wir müssen etwas unternehmen, um diesen Trend zumindest abzuschwächen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
die geographische Lage der Lenninger Ortsteile ist ein Spiegelbild der Vielfältigkeit unserer Gemeinde. Sie ist dadurch in vielen Bereichen dezentral aufgestellt, was unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten weniger Effizienz birgt. Die wirtschaftliche Betrachtung einer Gemeinde ist jedoch nicht allein maßgeblich. Trotz finanzieller Nachteile muss ein gewisses Maß an Dezentralität bleiben, um diese Vielfältigkeit aufrecht erhalten zu können. Das ist insbesondere im Lichte von Bürgernähe und Lebensqualität zu betrachten. Es gibt jedoch Bereiche, bei denen sich die Frage stellen muss, ob eine Zentralisierung von Leistungen nicht nur wünschenswert, sondern für die zukünftige Entwicklung der Gemeinde fast unerlässlich ist.

Und wieder einmal komme ich hier insbesondere auf die Zusammenlegung der Gemeindeverwaltung am Standort Oberlenningen zu sprechen. Dabei ist neben einer optimierten Verwaltungsarbeit auch der städtebauliche Aspekt zu berücksichtigen.

In diesem Zusammenhang stellt sich mir mittlerweile die Frage eines kompletten Rathaus-Neubaus. Selbstverständlich bleibt für mich das heutige Rathausgebäude fester Bestandteil der Oberlenninger Ortsmitte. Es ist städtebaulich wertvoll und erforderlich. Aber: muss die Gemeindeverwaltung darin ihren Platz finden? Ein Neubau könnte auf den gemeindeeigenen Flächen im Bereich Schwelchergasse/Steinstraße/Burgtobelweg erfolgen. Zudem hätte diese Überlegung den Effekt des Verzichts auf ein Verwaltungsgebäude am heutigen Standort in der Amtgasse 5. Das könnte dazu führen an dieser Stelle bis zu 40 zusätzliche Parkplätze zu schaffen, was weitere Vorteile bringt. Zum einen würden die Kunden (und wohl auch die Mitarbeiter) des örtlichen Einzelhandels sowie die Besucher von Julius-von-Jan-Gemeindehaus und Seniorenwohnanlage mehr Parkmöglichkeiten ebenerdig vorfinden. Das bedeutet auch: bessere Einkaufsbedingungen und mehr Verkehrssicherheit. Und zum anderen könnte beim Verwaltungsbau eine große und damit teure Tiefgarage entfallen.

Ein Rathausneubau wäre für mich zudem der Auftakt für die städtebauliche Erneuerung der Oberlenninger Ortsmitte. Die Ergebnisse des entsprechenden Wettbewerbs sind uns noch in guter Erinnerung. Dabei gab es Erfolg versprechende Ansätze. Bislang ist deren Umsetzung an den finanziellen Perspektiven gescheitert.

Mit dieser städtebaulichen Erneuerung einher gehen muss das Ziel, die Sportflächen an der Turn- und Festhalle zu verlagern. Mir ist bewusst, dass ich damit fast schon „vermintes“ Terrain betrete. Dennoch müssen wir Überlegungen dieser Art für eine uns stärkende Entwicklung anstellen. Ein neues Wohngebiet auf diesen frei werdenden Flächen, zentrumsnah und doch ruhig gelegen in unmittelbarer Nähe zu Schule, Kindergarten und innerörtlichem Einzelhandel ist ein attraktives Angebot insbesondere für junge Familien. Der schnelle Verkauf der Bauplätze in der Unterlenninger Ortsmitte bestätigt dies. Voraussetzung dafür ist aber, die Verlagerung der Sportflächen an die Sporthalle Unterlenningen, also quasi einen „Lenninger Sportpark“ zwischen Ober- und Unterlenningen, in den nächsten Jahren auch tatsächlich angehen zu wollen, wie im aktuellen Flächennutzungsplan so schon vorgesehen. Lassen Sie uns darüber reden. Die vorgeschlagene Klausurtagung bietet den richtigen Raum dafür.

Ich möchte beim Rathaus bleiben, dieses Mal aber nicht bezüglich der Hardware sondern der Software. Ohne eine geeignete Software erzielt die beste Hardware keine guten Ergebnisse. Wir haben für die Finanzverwaltung und die Haupt- und Ordnungsverwaltung zur Bewältigung ihrer umfangreichen Aufgaben vom Gemeinderat bereits vor einigen Jahren Stellen für die Stellvertretungen der Amtsleiter bewilligt bekommen. Dafür bin ich als Leiter der Gemeindeverwaltung dankbar.

Aber: Die gesamte Bauverwaltung hat in den letzten Jahren ebenfalls eine Vielzahl von neuen Aufgaben erhalten. Und auch die altbewährten Aufgaben erfordern mehr Zeit durch ein höheres Maß an qualitativer und quantitativer Bearbeitung. Zudem formuliert der Gemeinderat für seine Arbeit zu Recht immer höhere Ansprüche an Hoch- und Tiefbau sowie an die Entwicklung und Qualität von Flächennutzungsplanung, Bebauungsplänen und innerörtlichen Potentialen. Aus diesem Grund wurde vom Rat bereits vor zwei Jahren eine Planstelle zur Einrichtung einer einheitlichen Bauamtsleitung genehmigt, bis heute aber mit einem Sperrvermerk zur Besetzung versehen. Ich beantrage daher für die Verwaltung diese Stelle spätestens mit dem vorläufigen Umzug der Finanzverwaltung nach Unterlenningen zum 1. Oktober 2012 zu besetzen. Die hierfür erforderlichen Haushaltsmittel sind in den Personalkosten enthalten. Ich begründe dies u.a., und wiederhole dabei einen Passus der Haushaltsrede 2010, mit den anstehenden Herausforderungen bei der dauerhaften Sicherung der vorhandenen Infrastruktur und damit unseres Vermögens, den städtebaulichen Entwicklungserfordernissen unserer Ortsteile und den steigenden Anforderungen beim Gebäude- und Energiemanagement.

Ich bin davon überzeugt, dass eine Gemeinde unserer Struktur eine gebündelte Bauamtsleitung benötigt, so wie dies bei der Haupt- und Ordnungsverwaltung und der Finanzverwaltung bereits seit langem der Fall ist. Die zusätzlichen Personalkosten können dabei teilweise durch Einsparungen bei einem verbesserten Gebäude- und Energiemanagement und durch Kostenreduzierungen bei Hoch- und Tiefbaumaßnahmen über eine bessere Vorbereitung, eine bessere Steuerung sowie ein besseres Controlling ausgeglichen werden. Zudem denke ich, dass eine besondere Rendite für diese Kosten eintreten wird: durch eine bessere Auf- und Verteilung von Aufgaben und mehr Zeit für strategisches Denken und strategische Planung in den einzelnen Fachbereichen werden diese Ausgaben bestens „verzinst“. Es liegt daher in der besonderen Verantwortung des Gemeinderats die Gemeindeverwaltung auch personell so auszustatten, dass wir unsere Aufgabe als Dienstleister für die Bürgerschaft optimal erfüllen und die Gemeinde im interkommunalen Wettbewerb bestmöglich positionieren können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
wie sieht das optimale Schulsystem der Zukunft aus? Ich weiß es heute noch nicht. Was ich aber weiß ist, dass es nicht sein kann, dass bei jeder neuen Farbenlehre in Stuttgart dieses System in seinen Grundfesten erschüttert wird. Unsere Schülerinnen und Schüler, die Eltern aber auch wir als Schulträger sind darauf angewiesen, dass Kontinuität im Bereich der Bildungspolitik herrscht. Das Vertrauen von Eltern in die Bildungspolitik ist ein wichtiges Pfund für ein gemeinsames Miteinander zum Wohle der Bildung unserer Kinder und Jugendlichen. Wenn dieses Vertrauen verloren geht wird es schwer fallen, die richtigen Schritte einzuleiten.

Nachdem also die einen zunächst die Werkrealschule aufs Schild gehoben hatten, ist es nun für die anderen die Gemeinschaftsschule, die der Weisheit bester Schluss sein soll. Es ist für mich dabei noch nicht klar, ob und inwieweit diese neue Schulart der Bildungslandschaft weiterhelfen kann.

In jedem Fall werden wir uns damit beschäftigen müssen. Und dabei ist eines für mich offensichtlich: sollte sich am Schulstandort Lenningen eine Gemeinschaftsschule etablieren wollen, dann nur mit dem Ziel des Aufbaus einer Sekundarstufe 2, also der Fortführung der Gemeinschaftsschule bis zum Abitur. Ein gymnasialer Zug in Lenningen wäre ein wichtiger Beitrag zur Entwicklung des Schulstandorts Lenningen, aber auch ein nicht unerheblicher Standortfaktor für den Wohn- und Arbeitsort Lenningen. In den Klassen 11 bis 13 das Abitur in Lenningen machen zu können: davon könnten übrigens auch unsere Partner im Verwaltungsverband profitieren.

Die Gemeindeverwaltung wird im neuen Jahr in Gespräche mit den Schulleitungen eintreten und dann im Ausschuss für Bildung, Betreuung und Jugend und im Gemeinderat versuchen, Lösungen zu finden, mit denen den bildungspolitischen Herausforderungen am besten begegnet werden kann.

Zum Gesamtkomplex Bildung und Betreuung zählt natürlich auch die am Bedarf orientierte Entwicklung des Kindergartenbereichs. Unabhängig des Rechtsanspruchs ab 2013 werden wir als Folge der gesellschaftlichen Entwicklungen nicht umhin kommen, an allen Kindergartenstandorten erweiterte familien- und berufsorientierte Betreuungszeiten anzubieten. Dies wird ein finanzieller Kraftakt zu dem die verbesserte Landesbeteiligung in den kommenden Jahren zwar ein wichtiger, aber immer noch zu geringer Schritt ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
vor einigen Wochen war ich bei einem Lenninger Betrieb, auch um mich über dessen aktuelle Situation und Zukunftsaussichten zu informieren. Ich war dabei zunächst bass erstaunt, um die Worte zutiefst betroffen zu vermeiden, den Vorwurf herauszuhören, Lenningen würde zur „Schlafstadt“ gemacht. Wie gesagt, ich war zunächst erstaunt, musste in den darauf folgenden Wochen aber kritisch hinterfragen: was tun wir, was macht die Gemeinde für Industrie, Handel und Gewerbe? Was können wir tun? Wie können wir die Bedingungen für die Betriebe in unserer Gemeinde verbessern und sie außerdem bei der Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen unterstützen?

Ich bin der Ansicht, dass Gemeinderat und Gemeindeverwaltung schon einiges für eine gute Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen aus Industrie, Handel und Gewerbe tun. Und in dem gemeindlichen Bemühen um die Verbesserung der Breitbandversorgung unterstreichen wir den festen Willen, bessere Rahmenbedingungen am Gewerbestandort Lenningen zu bieten. Wir sind dabei jedoch auch auf die Unterstützung anderer angewiesen, wie auf die des Landes oder des Regierungspräsidiums.

Darüber hinaus ist die Gründung der Energieversorgung Lenningen (EVL) nicht zur Selbstdarstellung erfolgt. Diese Gesellschaftsbeteiligung soll die Gemeinde in die Lage versetzen, auch im Bereich der Energieversorgung intensiv mit den Betrieben zusammenzuarbeiten. Die EVL wird sich im Laufe der nächsten Jahre als wichtiger Partner von Industrie, Handel und Gewerbe erweisen. Davon bin ich überzeugt.

Dennoch bleiben die vorgenannten Fragen zur kommunalen Wirtschaftsförderung im Raum stehen. Wir werden daher auch im nächsten Jahr nachhaltig im Gespräch mit den Gewerbetreibenden am Arbeitsort Lenningen bleiben müssen. Unterstützen würde diese Zusammenarbeit aber sicher auch die Gründung eines Lenninger Handels- und Gewerbevereins oder eines Lenninger Bund der Selbständigen...

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
„Zukunft braucht Herkunft“. Auf der Grundlage dieses mir bei einer Tagung aufgefallenen Referat-Titels können wir unsere Gemeinde voranbringen. Mit den Erkenntnissen und Erfahrungen aus der Vergangenheit gilt es bedarfsorientierte Konzepte unter Abwägung wirtschaftlicher und landschaftlicher Interessen für die Zukunft zu erarbeiten. Aufgrund unserer besonderen Lage inmitten einer Vielzahl von Schutzgebieten sind wir dabei aber auch besonders auf die Mithilfe übergeordneter Behörden angewiesen. Von dort hören wir aber bislang vor allem, dass sich Landschaft und Natur unserer Gemeinde wie von Künstlerhand präsentieren. Ich sage dazu: auch das schönste Bild braucht einen passenden Rahmen und in unserem Fall muss dieser aus der Möglichkeit wirtschaftlicher Prosperität bestehen. Diesen Rahmen müssen wir gestalten dürfen. Das ist aufgrund der schwierigen Rahmenbedingungen im Ländlichen Raum zweifelsohne ein schwieriges Unterfangen. Doch der Ländliche Raum ist eben nicht nur Idylle und heile Welt, sondern er ist vor allem Lebens- und Wirtschaftsraum für seine Bewohner. Und daher fordern wir von Bund, Land, Region und Landkreis nicht nur schöne Rhetorik zum Ländlichen Raum, sondern mehr Taten in Form von nachhaltiger Unterstützung und weniger Auflagen und Beschränkungen, unter denen wir leiden, wohl weil wir so schön und so natürlich sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
die Urbanisierung ist in vollem Gange. Wir stehen vor der großen Herausforderung unsere Gemeinde nicht durch noch größeren Einwohnerschwund weiter ausbluten lassen zu müssen. Weniger Einwohner heißt nämlich neben dem Verlust von gesellschaftlichen Bindungen auch weniger Einnahmen bei steigenden Ausgaben. Diesen Kreislauf gilt es mit Innovation und mutigen Entscheidungen zu durchbrechen. Ein nicht ernst gemeinter Mutmacher hierzu: Ende vergangenen Jahres hatte Los Angeles als zweitgrößte Stadt der Vereinigten Staaten rd. 4 Mio Einwohner. 1810 waren es lt. Wikipedia 354. Es ist also auch bei uns noch Luft nach oben....

Mein besonderer Dank gilt abschließend Herrn Mayer und seinem Team der Finanzverwaltung für die Aufstellung des Haushaltsentwurfs 2012, den ersten unter seiner Ägide. Begleitet von umfangreichen Arbeiten zur Einführung der gesplitteten Abwassergebühr war die Fertigstellung des Entwurfs zur heutigen Einbringung keine Selbstverständlichkeit.

Meine Damen und Herren,
die Gemeinde Lenningen wird getragen von großem ehrenamtlichem Engagement. Ich möchte daher an dieser Stelle all denjenigen danken, die ihre Kraft, ihre Zeit und ihr Talent in den Dienst der Gemeinschaft stellen. Ohne sie wäre vieles nicht möglich und das Leben in Lenningen um einiges ärmer. Herzlichen Dank hierfür.

Allen Mitbürgerinnen und Mitbürgern wünsche ich eine gesegnete Weihnachtszeit und einen gesunden und erfolgreichen Start ins neue Jahr.

Eines noch: „Auch mit Steinen, die einem in den Weg gelegt werden, kann man Schönes bauen“. Ist nicht von mir, sondern von Goethe...